

Niederschrift

| Gremium | Sitzung - VW/006(VII)/20 | | | |
|----------------------|--------------------------|----------|----------|----------|
| | Wochentag, Datum | Ort | Beginn | Ende |
| Verwaltungsausschuss | Freitag, 08.05.2020 | Ratssaal | 15:00Uhr | 17:20Uhr |

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 06. 03. 2020 - öffentlicher Teil
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Straßenbahnhaltestelle Gesellschaftshaus
Fraktion DIE LINKE A0038/20
 - 5.1.1 Straßenbahnhaltestelle Gesellschaftshaus
BE: Bürgermeister S0128/20
 - 5.2 MAGDEBURG-Schriftzug
Fraktion CDU/FDP A0026/20

| | | |
|-------|---|------------|
| 5.2.1 | MAGDEBURG-Schriftzug Fraktion GRÜNE/future! | A0026/20/1 |
| 5.2.2 | MAGDEBURG-Schriftzug Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Zusammenarbeit | A0026/20/2 |
| 5.2.3 | MAGDEBURG-Schriftzug BE: Beigeordneter für Wirtschaft,, Tourismus und regionale Zusammenarbeit | S0144/20 |
| 5.3 | Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz | A0047/20 |
| 5.3.1 | Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht Fraktion AfD | A0047/20/1 |
| 5.3.2 | Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht BE: Beigeordneter für Kultur, Schule und Sport | S0135/20 |
| 5.4 | Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 OR Beyendorf-Sohlen | A0208/19 |
| 5.4.1 | Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | S0543/19 |
| 5.5 | Bunt statt grau Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz | A0273/19 |
| 5.5.1 | Bunt statt grau BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | S0028/20 |
| 5.6 | Sag mir, wo die Bäume sind? - Zum Verbleib von Bäumen und Grünstreifen auf Supermarktparkplätzen (A0196/19) Ausschuss für Umwelt und Energie | A0284/19 |
| 5.6.1 | Sag mir, wo die Bäume sind? - Zum Verbleib von Bäumen und Grünstreifen auf Supermarktparkplätzen (A0196/19) BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | S0096/20 |
| 5.7 | Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle Fraktion GRÜNE/future! | A0036/20 |
| 5.7.1 | Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | S0141/20 |
| 5.8 | Landeshauptstadt als Vorreiterin bei Abbiegeassistenten SPD-Stadtratsfraktion | A0033/20 |
| 5.8.1 | Landeshauptstadt als Vorreiterin bei Abbiegeassistenten BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | S0146/20 |
| 5.9 | Nette Toilette Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz | A0290/19 |

| | | |
|-------|--|-------------|
| 5.9.1 | Nette Toilette Ausschuss für Wirtschaftsförderung, Tourismus und regionale Zusammenarbeit | A0290/19/1 |
| 5.9.2 | Nette Toilette BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | S0049/20 |
| 6 | Beschlussvorlagen und Informationen | |
| 6.1 | Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0226/19 |
| 6.1.1 | Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Der Oberbürgermeister | DS0226/19/1 |
| 6.1.2 | Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg OBM Beyendorf-Sohlen | DS0226/19/2 |
| 6.1.3 | Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Magdeburg Ausschuss für komm. Rechts- und Bürgerangelegenheiten | DS0226/19/3 |
| 6.2 | Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg und seiner Ausschüsse BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0231/19 |
| 6.2.1 | Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg und seiner Ausschüsse Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz | DS0231/19/1 |
| 6.2.2 | Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg und seiner Ausschüsse Ausschuss für komm. Rechts- und Bürgerangelegenheiten | DS0231/19/2 |
| 6.2.3 | Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates der Landeshauptstadt Magdeburg und seiner Ausschüsse Kulturausschuss | DS0231/19/3 |
| 6.3 | Zulage für Fachärztinnen und Fachärzte der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0094/20 |
| 6.4 | Berichterstattung über den Fortgang "Ersatzneubau Strombrückenzug" - aktueller Stand 1. Halbjahr 2020 - BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr | I0066/20 |
| 6.5 | Wahl der ausgeschriebenen Position des/der Beigeordneten III der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0202/20 |
| 6.6 | Wahl der ausgeschriebenen Position des/ der Beigeordneten IV der Landeshauptstadt Magdeburg BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung | DS0203/20 |
| 7 | Verschiedenes | |

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Lydia Hüskens

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Oliver Müller

Jens Rösler

Jenny Schulz

Frank Schuster

bis 15.30 Uhr

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Christian Hausmann

i.V.f. SR Dr. Grube

Michael Hoffmann

i.V.f. SR Schuster ab 15.30 Uhr

Mirko Stage

i.V.f. SR Meister

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Abwesend:

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Olaf Meister

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Dem Antrag des Stadtrates Stage, Fraktion GRÜNE/future!, die Drucksachen DS0226/19 – TOP 6.1 und DS0231/19 – TOP 6.2 zu vertagen, wird von dem Mitgliedern des Ausschusses zugestimmt.

Im Weiteren informiert Stadtrat Stage über die Einbringung von Änderungsanträgen des Ausschusses StBV zu den TOP 5.1 und 5.7.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Ausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 06. 03. 2020 - öffentlicher Teil

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 06. 03. 2020 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Ausschusses bei 1 Enthaltung genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Anträge

5.1. Straßenbahnhaltestelle Gesellschaftshaus Vorlage: A0038/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, merkt an, dass im Kulturausschuss die Information hinsichtlich eines Gespräches zwischen dem Kulturbüro und der MVB gegeben wurde. Er äußert die Bitte, dass über das Ergebnis ausgeführt wird und mögliche Perspektiven benannt werden.

Erläuternd zur Stellungnahme der Verwaltung macht der Bürgermeister Herr Zimmermann darauf aufmerksam, dass im Herbst 2021 die Haltestelle die Bezeichnung „Benediktinerstraße/Gesellschaftshaus“ erhalten wird. Eine derartige Benennung mit Straßennamen und einem besonderen Hinweis, wie z.B. Gröninger Bad, sei auch an anderen Stellen möglich. Nicht möglich ist jedoch eine Einzelfallstellung, da die eindeutige Lage der Haltestelle erkennbar sein muss.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, den Antrag A0038/20 der Fraktion DIE LINKE in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 zu beschließen.

5.1.1. Straßenbahnhaltstelle Gesellschaftshaus
Vorlage: S0128/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

| | | |
|--------|----------------------|---------------------|
| 5.2. | MAGDEBURG-Schriftzug | Vorlage: A0026/20 |
| 5.2.1. | MAGDEBURG-Schriftzug | Vorlage: A0026/20/1 |
| 5.2.2. | MAGDEBURG-Schriftzug | Vorlage: A0026/20/2 |

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Wirtschaft, Tourismus und regionale Zusammenarbeit Herr Nitsche teil.

Zur Beratung liegen der Änderungsantrag A0026/20/1 der Fraktion GRÜNE/future! und der Änderungsantrag A0026/20/2 des Ausschusses WTR vor.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass der Ausschuss FG die Beschlussfassung zum Antrag empfiehlt.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, führt aus, dass der Ausschuss StBV die Beschlussfassung des Antrages unter Beachtung des Änderungsantrages A0026/20/3 empfiehlt. Gleichzeitig merkt er kritisch an, dass der Änderungsantrag des Ausschusses WTR nicht für eine Beratung im Ausschuss StBV vorgesehen war.

Eingehend auf den Änderungsantrag des StBV erläutert er, dass hiermit im Ursprungsantrag das Datum zur Fertigstellung der Installation auf 30. April 2021 geändert werden soll. Er erklärt, dem Änderungsantrag A0026/20/2 des Ausschusses WTR nicht zuzustimmen.

Der Beigeordnete Herr Nitsche macht erläuternde Ausführungen zur Stellungnahme der Verwaltung. Insbesondere geht er dabei auf den Punkt 2 des Antrages ein und macht klarstellende Ausführungen hinsichtlich der mit dem Änderungsantrag A0026/20/2 des Ausschusses WTR vorgeschlagenen Ergänzung hinsichtlich der Verfahrensweise analog zum Verfahren bei der Lichterwelt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, nimmt Bezug auf die Diskussion zum Antrag im Ausschuss FG und seine dort getroffene Aussage, den Standort W.-Brandt-Platz als zu kurz gedacht anzusehen. Mit Verweis auf den Standort City-Carre legt er dar, dass es mit der Winterbeleuchtung dort bereits einen Schriftzug gibt und dieser dort gut steht. Er vertritt die Auffassung, sich solche Schriftzüge auch an anderen Standorten vorstellen zu können. Stadtrat Rösler erklärt, den Änderungsanträgen A0026/20/1 der Fraktion Grüne/future! und A0026/20/3 des Ausschusses StBV zuzustimmen, dem Ursprungsantrag A0026/20 jedoch nicht.

Stadtrat Schuster, Fraktion CDU/FDP, unterbreitet den Vorschlag im Punkt 1 des Antrages A0026/20 die Formulierung dahingehend zu ändern, einen Schriftzug **an den Ausgängen** des Hauptbahnhofes zu installieren.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, geht auf Punkt 2 des Antrages ein und schlägt vor, die Gestaltung nicht mit den zuständigen Ausschüssen abzustimmen sondern in einem neu zu gründenden Gremium zu verorten.

Alles andere hält er für schwierig und sieht diesen Vorschlag als Kompromiss an.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, vertritt die Auffassung, dass der vorliegende Antrag nichts mit der Lichterwelt zu schaffen habe, da es hier bereits einen entsprechenden Beschluss gibt. Er sieht es als problematisch an, noch mehr finanzielle Mittel einzusetzen und spricht sich für den Antrag A0026/20 aus.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, merkt an, dass es einen Konflikt zwischen Lichterwelt und Schriftzug nicht geben muss. Er legt seine Auffassung dar, dass für den Schriftzug während der Weihnachtszeit ein anderer Standort gefunden werden muss. Eingehend auf den Vorschlag des Stadtrates Schuster unterbreitet er seinen Vorschlag dahingehend, die Formulierung **gegenüber eines Ausgangs** des Hauptbahnhofes zu wählen.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister die vorliegenden Änderungen zur Abstimmung:

I. A0026/20 der Fraktion CDU/FDP

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen mehrheitlich zu, im Punkt 1 des Antrages A0026/20 wie folgt zu formulieren:

1. Es wird ein MAGDEBURG-Schriftzug gegenüber ~~dem Ausgang~~ **eines Ausgangs** des Hauptbahnhofes auf ~~dem Willi-Brandt-Platz~~ installiert.

Hinweis: Die Änderung wird als Änderungsantrag A0026/20/4 dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

- II. Zum Kompromissvorschlag des Stadtrates Schwenke stellt der Oberbürgermeister zur Abstimmung, ob die Gestaltung analog der Lichterwelt in den zuständigen Fachausschüssen oder alternativ in einem Sonderausschuss abgestimmt werden soll.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, was analog Lichterwelt bedeute, informiert der Oberbürgermeister klarstellend, dass zur Lichterwelt die Thematik zuerst in Fachausschüssen beraten wurde und dann der abgestimmte Vorschlag vorgelegt wurde.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses sprechen sich mehrheitlich gegen den Kompromissvorschlag des Stadtrates Schwenke, Fraktion CDU/FDP, und somit für die Gestaltung analog der Lichterwelt in den zuständigen Fachausschüssen aus.

III. Änderungsantrag A0026/20/3 des Ausschusses StBV

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen mit 7 Ja-Stimmen mehrheitlich der vorgeschlagenen Änderung der Terminierung zur Fertigstellung der Installation **bis 30. April 2021** zu. (Änderung Punkt 3 des Antrages A0026/20)

IV. Änderungsantrag A0026/20/2 des Ausschusses WTR

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen mit 7 Ja-Stimmen mehrheitlich der Änderung des

Punktes 4 – Die entsprechenden Haushaltsmittel werden im Haushalt eingestellt

und mit 8 Ja-Stimmen mehrheitlich der Ergänzung des Antrages um einen

Punkt 5 – Bei der Ausführung der Gestaltung des Schriftzuges sollten regionale Künstler einbezogen werden

zu.

5.2.3. MAGDEBURG-Schriftzug
Vorlage: S0144/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht
Vorlage: A0047/20

5.3.1. Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht
Vorlage: A0047/20/1

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt Frau Dr. Link, stv. Fachdienstleiterin im Fachbereich 42, teil.

Zur Beratung liegt der Änderungsantrag A0047/20/1 der Fraktion AfD vor.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, macht erläuternde Ausführungen zum Anliegen des Antrages und bittet um Zustimmung.

Zu diesem Tagesordnungspunkt besteht kein Diskussionsbedarf.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 2 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0047/20/1 der Fraktion AfD in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 nicht zu beschließen.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen mit 1 Ja-Stimme mehrheitlich dem Stadtrat, den Antrag A0047/20 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 nicht zu beschließen

5.3.2. Internationaler Gedenktag für das Magdeburger Recht
Vorlage: S0135/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.4. Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 Vorlage: A0208/19

An diesem Tagesordnungspunkt nehmen der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann sowie der Vertreter des Ortschaftsrates Beyendorf-Sohlen Herr Dr. Thiel teil.

Herr Dr. Thiel geht erläuternd auf den Antrag A0208/19 ein und macht darauf aufmerksam, dass die Einschulung in der Grundschule Westerhüsen bei der Planung der Linienführung durch die MVB keine Berücksichtigung gefunden hat. Zu der in der Stellungnahme der Verwaltung getroffenen Aussage hinsichtlich des Ausschlusses von Fahrten sowohl in Richtung Reform als auch in Richtung Westerhüsen bittet er um eine nochmalige Prüfung.

Der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann verweist auf die Problematik, dass Beyendorf-Sohlen zwischen den Schulstandorten Lindenhof und Westerhüsen liegt. Anhand der Benennung von fahrplanmäßigen Busabfahrts- und -ankunftszeiten sowohl in Richtung Lindenhof als auch Westerhüsen verweist er auf die hier bestehende zeitliche Differenz zu den Schulanfangszeiten. Hinsichtlich der signalisierten Gespräche zwischen dem Fachbereich 40 und den MVB merkt er an, dass hierzu noch kein Ergebnis vorliegt.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters führt er aus, dass seitens der Verwaltung die Empfehlung gegeben wird, dem Antrag nicht zuzustimmen, da keine Möglichkeit besteht, auf die Änderung des 60-Minuten-Taktes Einfluss zu nehmen. Ggf. sollte durch den Fachbereich 40 geklärt werden, ob Änderungen hinsichtlich der Schulanfangszeiten möglich sind.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht hinsichtlich der Linienführung noch Spielraum bei den MVB. Er legt seine Auffassung dar, dass es nach der Sanierung der Grundschule Westerhüsen andere Möglichkeiten der Gestaltung gibt und bittet darum, eine vernünftige Lösung zu finden. Ggf. auch durch den Einsatz eines zweiten Busses. Stadtrat Rösler signalisiert seine Zustimmung zum Antrag.

Mit Hinweis auf die im Ausschuss StBV geführte intensive Diskussion und die einstimmige Zustimmung des Ausschusses zum Antrag erklärt auch Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, dem Antrag zuzustimmen.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, informiert über die zweimalige Beratung des Antrages im Ausschuss BSS und das am 04. 11. 2019 geführte Gespräch mit der Schulleitung. Er macht auf die Problematik der MVB aufmerksam, dass durch die Stadt ein zusätzliches Angebot unterbreitet werden muss, welches bisher nicht erfolgte. Es sei nicht auszuschließen, dass ein separater Einsatz eines Schulbusses erfolgt. Stadtrat Hausmann spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus und merkt an, dass die Gespräche zur Veränderung der Schulanfangszeiten noch nicht abgeschlossen sind.

Klarstellend macht der zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Bürgermeister Herr Zimmermann darauf aufmerksam, dass eine Beschlussfassung zum Antrag mit zusätzlichen finanziellen Mitteln verbunden ist. Insbesondere verweist er auf den Fakt, dass für den entsprechenden Zeitraum kein zusätzlicher Bus vorhanden ist. Dieser müsse zunächst gekauft werden und auch das erforderliche Personal vorhanden sein. Alle bei den MVB vorhandenen Straßenbahnen und Busse befinden sich im Einsatz.

Als unverständlich sieht er an, warum der Schulbeginn nicht 15 Minuten früher erfolgen kann.

Er verweist nochmals darauf, dass die Bereitstellung von zwei Bussen mit dem entsprechenden Personal für die MVB einen großen Kostenfaktor darstellt. Dieser sollte vor einer Beschlussfassung vorgelegt werden und dagegen der durch die Schulen zu erbringende Aufwand gesehen werden.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, bringt sein Unverständnis hinsichtlich der Reaktion des Bürgermeisters zum Ausdruck, da hier doch Kinder betroffen sind. Er legt seine Auffassung dar, dass die Stadt in der Pflicht stehe, den Transport der Kinder zu sichern.

Hinweis: Stadtrat Schuster, Fraktion CDU/FDP, verlässt die Sitzung.
Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/FDP, trifft zur Sitzung ein.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, spricht sich dafür aus, eine Klärung hinsichtlich der Schulanfangszeiten herbeizuführen und eine Lösung im Sinne der Kinder zu finden. Hierzu sollten ggf. Gespräche mit der Schulleitung geführt werden.

Herr Dr. Thiel macht nochmals darauf aufmerksam, dass es darum gehe, in den zuständigen Gremien und im Stadtrat eine Lösung zu finden. Wie diese aussieht, ist dem Ortschaftsrat Beyendorf-Sohlen relativ egal. Sie muss jedoch noch vor der Einschulung im August erfolgen. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters, wie viele Kinder betroffen sind, äußert Herr Dr. Thiel, keine genaue Zahl benennen zu können, es handele sich aber um nicht sehr viele Kinder.

Hierzu vertritt der Oberbürgermeister die Auffassung, dass, wenn es sich nur um eine kleine Gruppe Kinder handelt, auch ein Taxi zum Einsatz kommen könnte.

Der Bürgermeister sagt zu, bis zur Sitzung des Stadtrates hierzu eine Klärung vorzunehmen.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, legt dar, dass für die Beförderung der Kinder nicht unbedingt ein Bus zum Einsatz kommen muss. Die Beförderung könne auch durch ein Großraumtaxi erfolgen. Er unterstützt die Idee, Gespräche hinsichtlich der Veränderung der Schulanfangszeiten zu führen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 12 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0208/10 des Ortschaftsrates Beyendorf-Sohlen in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 zu beschließen.

5.4.1. Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 Vorlage: S0543/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5. Bunt statt grau
Vorlage: A0273/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Auf Nachfrage des Stadtrates Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, hinsichtlich des Standes der Fassadengestaltung des Rathauses verweist der Beigeordnete Herr Dr. Scheidemann darauf, dass diese in die Planungen zur Umgestaltung des Alten Marktes einbezogen wird.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 8 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0273/19 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 zu beschließen.

5.5.1. Bunt statt grau
Vorlage: S0028/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.6. Sag mir, wo die Bäume sind? - Zum Verbleib von Bäumen und
Grünstreifen auf Supermarktparkplätzen (A0196/19)
Vorlage: A0284/19

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 8 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0284/19 des Ausschusses UwE in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 zu beschließen.

5.6.1. Sag mir, wo die Bäume sind? - Zum Verbleib von Bäumen und
Grünstreifen auf Supermarktparkplätzen (A0196/19)
Vorlage: S0096/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.7. Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle
Vorlage: A0036/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, bringt den Änderungsantrag A0036/20/1 des Ausschusses StBV ein. Hiermit werde beantragt, im Ursprungsantrag A0036/20 im 1. Absatz die Formulierung „... und Minimierung der PKW-Parkplätze...“ sowie im 2. Absatz den 1. Anstrich „- Bau eines Straßenbahnanschlusses an der Stadthalle“ zu streichen.

Eingehend auf den Antrag A0036/20 seiner Fraktion bezeichnet er es als sinnvoll, jetzt mit der Prüfung des Mobilitätsanschlusses zu beginnen.

Stadtrat Hausmann, SPD-Stadtratsfraktion, führt aus, dass sich ihm nicht erschließe, warum die Prüfmöglichkeit hinsichtlich des Baus eines Straßenbahnanschlusses an der Stadthalle mit dem Änderungsantrag gestrichen werden soll.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, sieht die genannte Streichung ebenfalls kritisch und verweist darauf, dass in diesem Bereich zu früheren Zeiten bereits eine Straßenbahn fuhr. Er führt aus, den vorliegenden Antrag A0036/20 als notwendig zu erachten und signalisiert seine Zustimmung zum Antrag.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future, erklärt, dass ihre Fraktion den Antrag in vorliegender Form gern beibehalten hätte, die Stellungnahme der Verwaltung jedoch zum Nachdenken angeregt hat. Hinsichtlich der Prüfung des Straßenbahnanschlusses merkt sie an, dass diese Maßnahme mit zu hohen Kosten verbunden wäre. Stadträtin Linke bittet um Zustimmung zum Änderungsantrag.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0036/20/1 des Ausschusses StBV in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 zu beschließen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 8 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 2 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0036/20 der Fraktion GRÜNE/future! unter Beachtung des Änderungsantrages A0036/20/1 des Ausschusses StBV in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 zu beschließen.

5.7.1. Nachhaltiger Mobilitätsanschluss zur Stadthalle
Vorlage: S0141/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, geht auf das Abstimmungsverhalten des Ausschusses WTR ein und äußert sein Unverständnis, dass einerseits der Ursprungsantrag abgelehnt wurde und dafür ein Änderungsantrag eingebracht wird. Für ihn mache es keinen Sinn zunächst einen Antrag zu ändern und dann abzulehnen.

Der Oberbürgermeister gibt ergänzend den Hinweis, dass es sich bei dem Änderungsantrag um einen Prüfauftrag handelt.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, äußert, der Initiative „Nette Toilette“ nicht unbedingt zustimmen zu wollen. Die mit dem Änderungsantrag aufgeworfene Idee eines möglichen Sponsorings durch Betriebe der Gastronomie und des Handels sieht er als diskussionswürdig an. Er erklärt, sich bei der Abstimmung zum Ursprungsantrag enthalten zu wollen.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, spricht sich für eine Zustimmung zum Änderungsantrag des WTR und die Durchführung des beantragten Prüfauftrages aus.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, geht auf die im Ausschuss FG geführte Diskussion ein. Er merkt an, dass hier seitens der Verwaltung die Aussage getroffen wurde, eine Beteiligung an der Initiative nur mit einer Toilette in der Innenstadt vorzunehmen.

Der Oberbürgermeister äußert sein Unverständnis hierzu. Er legt dar, dass es doch Zielstellung sein soll, Gastronomiebetreiber dazu aufzurufen, bei fehlenden Toilettenanlagen ihr Anlagen zur Verfügung zu stellen.

Der Beigeordnete Herr Platz sieht keinen Sinn darin, eine Beteiligung nur mit einer Toilette vorzunehmen. Er bittet, seinem mit der Stellungnahme der Verwaltung unterbreiteten Vorschlag zu folgen und bringt seine Hoffnung zum Ausdruck hinsichtlich einer regen Beteiligung seitens der Gastronomiebetriebe.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 10 Ja-Stimmen, ohne Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Änderungsantrag A0290/19/1 des Ausschusses WTR in seiner Sitzung am 04. 06. 2020 zu beschließen.

Mit diesem Abstimmungsergebnis hat sich eine Abstimmung zum Antrag A0290/19 erledigt.

5.9.2. Nette Toilette Vorlage: S0049/20

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

6. Beschlussvorlagen und Informationen

- 6.1. Neufassung der Hauptsatzung der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: DS0226/19
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 6.2. Neufassung der Geschäftsordnung des Stadtrates der
Landeshauptstadt Magdeburg und seiner Ausschüsse
Vorlage: DS0231/19
-

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

- 6.3. Zulage für Fachärztinnen und Fachärzte der Landeshauptstadt
Magdeburg
Vorlage: DS0094/20
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Der Oberbürgermeister informiert über die Mitteilung des Leiters des Gesundheitsamtes hinsichtlich der Kündigung einer Ärztin auf Grund der zu geringen Vergütung. Er sieht es als dringendes Gebot, dem mit der vorliegenden Drucksache unterbreiteten Vorschlag der Verwaltung zu folgen.

Der Beigeordnete Herr Platz führt aus, dass sich das Angebot der Arbeitsmarktzulage im Rahmen der Möglichkeiten der Stadt Magdeburg bewegt und auch eine gewisse Flexibilität ermöglicht.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 13 Ja-Stimmen einstimmig dem Stadtrat, die DS0094/20 in seiner Sitzung am 14. 05. 2020 zu beschließen.

- 6.4. Berichterstattung über den Fortgang "Ersatzneubau
Strombrückenzug" - aktueller Stand 1. Halbjahr 2020 -
Vorlage: I0066/20
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr Herr Dr. Scheidemann teil.

Zur Information besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Oberbürgermeister unterbreitet dem Beigeordneten Herr Dr. Scheidemann den Vorschlag, noch vor der Sommerpause für einen besseren Überblick eine Vor-Ort-Begehung zu organisieren.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Information zur Kenntnis.

6.5. Wahl der ausgeschriebenen Position des/der Beigeordneten III
der Landeshauptstadt Magdeburg
Vorlage: DS0202/20

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Seitens des Oberbürgermeisters wird kritisiert, dass Informationen zu den vorliegenden Drucksachen DS0202/20 und DS0203/20, speziell aus den vertraulichen Anlagen, an die „Volksstimme“ weitergegeben wurden.

Der Beigeordnete Herr Platz gibt den Hinweis, auf eine eingegangene Bewerbung eines Stadtrates. Diese steht jedoch nicht auf der Bewerberliste, da er die formalen Anforderungen nicht erfüllt. Mit dem heutigen Tag hat dieser Stadtrat die Rücknahme seiner Bewerbung erklärt.

Ebenfalls hat Frau Angela Herrmann ihre Bewerbung zurückgezogen.

Auf Nachfrage der Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, hinsichtlich der Kurzfristigkeit der Einbringung der beiden Drucksachen macht der Oberbürgermeister erläuternde Ausführungen zum Verfahren. Er merkt an, dass die vorliegenden Drucksachen auf Grund der geführten Gespräche erst kurzfristig fertiggestellt werden konnten. Insbesondere legt er seine Sicht dar, dass vom Grundsatz her zu diesen Drucksachen kein großer Beratungsbedarf bestehen sollte.

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, geht auf das Wahlverfahren ein und wirft die Frage auf, wie zu verfahren ist, wenn bei der Wahl nicht gleich eine Mehrheit für eine Person erreicht wird und ob bei einem zweiten Wahlgang wiederum alle Bewerber zur Wahl stehen.

Klarstellend führt der Beigeordnete Herr Platz aus davon auszugehen, dass alle Bewerber erneut zur Wahl stehen werden. In einem zweiten Wahlgang ist die Person gewählt, die die meisten Stimmen auf sich vereinigt.

Ergänzend gibt der Oberbürgermeister den Hinweis, dass im ersten Wahlgang die Stimmen der Mehrheit der Anwesenden erreicht werden müssen.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, geht auf die Presseveröffentlichung ein und hinterfragt, inwieweit der Presserat einbezogen wurde, hinsichtlich der in der Volksstimme veröffentlichten Informationen. Für ihn stellt sich die Frage, ob Namen und Daten von Personen, die nicht dem öffentlichen Interesse unterliegen, tatsächlich so veröffentlicht werden können.

Der Beigeordnete Herr Platz stellt klar, dass die Namen der Bewerber in der Drucksache aufgeführt werden müssen. Details zu den Bewerbern sind jedoch in einer vertraulichen Anlage enthalten. Hier liegt eindeutig ein Fehler der Volksstimme vor. Herr Platz merkt an, dass, wenn der Oberbürgermeister den entsprechenden Auftrag erteilt, er den Presserat anschreiben und offiziell Beschwerde einlegen wird. Insbesondere verweist er darauf, dass es bereits bei der Verwaltung von Bewerbern Beschwerden gab. Herr Platz informiert, sich bereits bei den Beschwerdeführern entschuldigt zu haben und legt seine Auffassung dar, dass hier ein Imageschaden für die Stadt verschafft wird.

Der Oberbürgermeister verweist auf die Auffälligkeit, dass in der Veröffentlichung der gleiche Wortlaut, wie in der Drucksache aufgeführt, verwendet wurde und merkt an, dass die entsprechenden Passagen aus der Drucksache elektronisch kopiert sein müssen. In einem Telefonat mit der verantwortlichen Journalistin wurde ihm mitgeteilt, dass nach Beratung in der Redaktion auch am nächsten Tag ein entsprechender Artikel veröffentlicht wird.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, sieht es als richtig an, zumindest eine Beschwerde beim Presserat einzulegen.

Auf Nachfrage des Stadtrates Kohl, Fraktion AfD, hinsichtlich einer strafrechtlichen Relevanz führt der Oberbürgermeister aus, dass derartige Indiskretionen immer erst nach Freischaltung von Vorlagen erfolgt. Bei ehrenamtlich tätigen Stadträten würde es sich bei der Weitergabe nichtöffentlicher bzw. vertraulicher Informationen um eine Ordnungswidrigkeit handeln. Bei ihm bzw. Verwaltungsmitarbeitern würde eine Straftat vorliegen.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka unterstützt eine Beschwerde beim Presserat, da sie einige Formulierungen des Artikels als Diskriminierung bestimmter Bewerberinnen betrachtet. Hierzu verweist der Oberbürgermeister darauf, dass es einen Unterschied gibt zwischen der Veröffentlichung von vertraulichen Daten und der entsprechenden Bewertung durch die Presse. Er legt seine Auffassung dar, sich nicht anmaßen zu wollen, zu bewerten, wie eine Darstellung in der Presse erfolgt.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat, die DS0202/20 in seiner Sitzung am 14. 05. 2020 zu beschließen.

6.6. Wahl der ausgeschriebenen Position des/ der Beigeordneten IV der Landeshauptstadt Magdeburg Vorlage: DS0203/20

siehe TOP 6.5

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen einstimmig dem Stadtrat, die DS0203/20 in seiner Sitzung am 14. 05. 2020 zu beschließen.

7. Verschiedenes

7.1. Kulturhauptstadtbewerbung

Bezug nehmend auf eine heutige Presseveröffentlichung informiert der Oberbürgermeister, dass sich auf Grund der Corona-Krise die Abgabefrist für das zweite Bidbook der Landeshauptstadt Magdeburg auf den 21. 09. 2020 verlängert hat. Nach Beratung der Jury erfolgt dann am 28. 10. 2020 die Bekanntgabe, wer Kulturhauptstadt 2025 wird.

7.2. Sitzung des Stadtrates am 14. 05. 2020

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, führt aus, dass sich ihre Fraktion nicht vorstellen kann, die Sitzung des Stadtrates im Ratssaal durchzuführen. Sie zeigt sich erbost und bezeichnet die Sitzungsdurchführung als für große Teile des Stadtrates als gesundheitsgefährdend. Stadträtin Linke äußert inständig die Bitte, nochmals Überlegungen anzustellen, um eine andere Lösung zu finden.

Der Oberbürgermeister führt aus, das Gespräch mit dem Vorsitzenden des Stadtrates geführt zu haben. Dabei wurde der Inhalt der Tagesordnung abgestimmt. Die Durchführung der Sitzung im Ratssaal sieht er als nicht problematisch an und verweist darauf, die Entscheidung dem Vorsitzenden des Stadtrates überlassen zu haben.

Der zur Sitzung anwesende Vorsitzende des Stadtrates Herr Hoffmann erläutert, dass es vier Möglichkeiten in unmittelbarer Nähe zur Innenstadt für die Durchführung der Stadtratssitzung gibt. Eine Nutzung des Plenarsaales des Landtages wurde abgesagt. Nicht infrage kommt die Nutzung von Räumlichkeiten des Maritim-Hotels bzw. des Klosters. Hinsichtlich einer Nutzung der Johanniskirche informiert er über eine Vor-Ort-Begehung mit Stadtrat Belas, SPD-Stadtratsfraktion und Vertretern des BOB. Eingehend auf den von dem Vorsitzenden der Fraktion GRÜNE/future! gebrachten Einwand bzgl. der Tagung des Landtages in der Johanniskirche merkt Stadtrat Hoffmann an, dass hier für die technische Ausstattung der Sitzung extra Glasfaserkabel verlegt wurden. Für eine Nutzung durch den Stadtrat würden Kosten in einem fünfstelligen Bereich entstehen. Dazu ergeben sich noch Kosten für die Aufnahmetechnik. Er sieht diese Gesamtkosten als viel zu hoch an. Hinsichtlich der Raumgrößen legt er dar, dass hier verschiedene Varianten geprüft wurden und die Johanniskirche auch nicht mehr Platz bietet als der Ratssaal im Rathaus. Einziger Unterschied dabei sei, dass die Verwaltungsmitarbeiter sowie die Mitarbeiter der Fraktionen keine Plätze im Ratssaal haben werden.

Insbesondere macht er darauf aufmerksam, dass die Anzahl der Plätze im Saal so gestaltet werden, dass der vorgeschriebene Sicherheitsabstand von 1,50 m gewährleistet werden kann. Weiterhin verweist er darauf, dass die Fraktion GRÜNE/future! selbst das Angebot zur Nutzung der Empore unterbreitet hat und hier von den 15 zur Verfügung stehenden Plätzen nur 10 Plätze genutzt werden. Auch die Ratsdiele kann genutzt werden, da auf Grund der vorhandenen Audiotechnik der laufenden Sitzung gefolgt werden kann.

Abschließend verweist er darauf, dass für die Durchführung der Stadtratssitzungen eine langfristige Lösung, mindestens bis zum Jahresende, gefunden werden muss. Wenn nach Aufhebung des Veranstaltungsverbotes in der Johanniskirche wieder Veranstaltungen durchgeführt werden dürfen, sieht er keine Möglichkeit mehr für eine Nutzung durch die Stadt.

Seitens des Oberbürgermeisters wird ausgeführt, keine Probleme bei der Durchführung der Stadtratssitzung im Ratssaal zu sehen. Hinsichtlich der aktuellen Gefährdungslage bezeichnet er diese als überschaubar und informiert zur aktuellen Anzahl von 4 Infizierten in Magdeburg. Er verweist darauf, dass es in den letzten sieben Tagen keine Neuinfektionen mehr gegeben hat.

Stadtrat Stage, Fraktion GRÜNE/future!, legt dar, dass hier die Vorbildwirkung des Stadtrates außer Acht gelassen wird. Er nimmt Bezug auf die Sitzung des Ausschusses StBV in der Johanniskirche und sieht die technischen Probleme als nicht so schwierig an. Bezüglich des Kostenfaktors legt er seine Auffassung dar, es als relativ egal zu sehen, ob jetzt der MVGM finanzielle Mittel in Form der Mietzahlung zukommen oder am Ende des Jahres als Zuschuss gewährt werden.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, sieht die Durchführung der Stadtratssitzung im Ratssaal als zumutbar an. Er vertritt die Auffassung, dass bei einer Nutzung der Johanniskirche der Öffentlichkeit die Höhe der aufzubringenden Kosten nicht vermittelbar sei.

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf den Erlass des Innenministeriums vom 29. 04. 2020 mit dem die Ausnahme vom Veranstaltungsverbot für Kommunalparlamente geregelt wurde. Er merkt an, sich die Empfehlung vor Augen zu halten, hier nur die wichtigsten bzw. dringlichsten Angelegenheiten zu behandeln. Nach seiner Auffassung sollten erforderliche Diskussionen möglichst kurzgehalten werden.

Stadtrat Rösler, SPD-Stadtratsfraktion, informiert, dass auch seine Fraktion die Nutzung der Johanniskirche favorisiert. Hinsichtlich der Finanzierung stimmt er den entsprechenden Ausführungen des Stadtrates Stage zu. Für ihn sei nachvollziehbar, dass auf Grund der

Fallzahlen in Magdeburg keine größere Gefährdungslage besteht. Er äußert aber die Bitte, dass im Fall des Ansteigens der Zahlen auf die Johanniskirche oder einen anderen geeigneten Raum als Veranstaltungsort zurückgegriffen wird.

Stadtrat Hoffmann, Fraktion CDU/FDP, äußert, dass, wenn sich die Situation ändert, neu diskutiert werden muss. Er macht nochmals deutlich, dass sich die Kosten für die Nutzung im fünfstelligen Bereich belaufen.

Hinsichtlich der Nutzung des Ratssaales versichert er, dass Sicherheits- und Hygienevorschriften eingehalten werden.

Abschließend bittet er alle Fraktionen, die erarbeitete Sitzplanung zu prüfen und um Information hierzu.

7.3. Öffnung der Gastronomie

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, führt aus, den Medien entnommen zu haben, dass Kommunen den Zeitpunkt zur Öffnung von Gaststätten selber regeln dürfen und wirft die Frage auf, ob dem so sei.

Beantwortend informiert der Oberbürgermeister über einen Anruf des Ministerpräsidenten mit der Mitteilung, die Verantwortung hierüber den Landkreisen und den Oberbürgermeistern zu übergeben. Eine Öffnung sollte jedoch erst frühestens am 22. 05. 2020 nach dem "Herrentag" erfolgen. Der Oberbürgermeister merkt an, noch nicht zu wissen, was das Land am 12. 05. 2020 in dieser Angelegenheit entscheiden wird. Wenn hier eine Entscheidung getroffen wurde, dann sollten so schnell wie möglich eine Öffnung möglich sein, jedoch unter der Bedingung der Einhaltung von Sicherheits- und Hygienevorschriften.

Er betont, dass ggf. für den „Herrentag“ Überlegungen hinsichtlich besonderer Regelungen angestellt werden.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, erkundigt sich nach der Öffnung des Riesenrades der Brüder Boos im Stadtpark. Weiterhin legt er dar, angefragt worden zu sein, ob die Absicht besteht auch Tanz- und Ballettschulen wieder zu öffnen.

Hinsichtlich der Betreibung des Riesenrades legt der Oberbürgermeister dar, dass bei der Absicherung des gebotenen Abstandes eine Regelung gefunden werden kann, um ein einzelnes Riesenrad zu betreiben. Voraussetzung ist hier jedoch die Einhaltung aller Vorschriften. Verboten bleibt hingegen das Betreiben von Jahrmarktbuden, da dies den Charakter eines Volksfestes darstellt und sonst zu einem Verbot der Betreibung des Riesenrades führen würde. Er verweist darauf, dies auch so klar signalisiert zu haben. Hinsichtlich der Frage zu Tanz- und Ballettschulen legt er dar, dass hierzu die Kulturverantwortlichen des Landes beraten und hierzu die Entscheidung abgewartet werden muss.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

gez. Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin